

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Rudolf Köpcke
Verlags- und Druckerei-Gesellschaft
Druckerei: Köpcke & Köpcke
Postfach 2001.

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Vororten bei halbjährlicher Lieferung monatl. 4,20 RM., vierteljährlich 12,50 RM., durch d. Post bei halbjährlicher Lieferung monatl. 4,50 RM., vierteljährlich 13,50 RM. Die 11pflügel 27 mm breite Jule 2 RM. Bei Fernbestellungen, Anzeigen und Inseraten u. Werbungsangelegenheiten, 11pflügel 27 mm breite Jule 2 RM. 50 Cent. Sonstige Gebühre gegen Voranbezahlung. Einzelnummern 30 Pf.

Druckerei und Buchbinderei
Köpcke & Köpcke
Postfach 2001
Druck u. Verlag von Köpcke & Köpcke in Dresden.
Postfach-Nummer 19 295 Leipzig.

Druck nur mit deutlicher Druckangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unserlangt Schriftstücke werden nicht angenommen.

Osram-Haus, Ruhland & Co.
Beleuchtungskörper, Seidenschirme
Klub- und Schreibtischlampen
Osram-Lampen / Kochapparate / Gas-Glühkörper
Lillengasse, Ecke Röhrhofgasse 15, 5 Minuten vom Postplatz.

Residenz-Büfett
Konditorei-Kaffee
Konzert nachm. u. abends
7 Seestraße 7.

Kaffee-Kasino
Stimmungs-Konzerte
Kapellmeisters Ernst Rost

Dauerbrand-Oefen
irischen und amerikanischen Systems u. bewährte Fabrikate
Florian Czocker's Nachfolger Ferdinand Wiesner
Dresden-A., Töpferstraße 9, 13, 15.

Haarfärbemittel farbens Schön, haltbar **Parfümerie Paul Schwarzlose**
garantiert giftfrei Dresden-A. Schloßstr. 13

Die Wirkungen des Spa-Diktates.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)

Berlin, 14. Okt. Der Reichskohlenrat beriet heute über die Lage unserer Kohlenversorgung und die Wirkung des Spa-Abkommens, sowie über die Sozialisierungsfrage. Generaldirektor Roeniger führte aus, daß im ersten Monat des Abkommens die vorabgeschriebenen Mengen voll geliefert worden seien, mit Ausnahme eines Rückstandes von 27 000 Tonnen, die für Italien bestimmt waren, während im September bei den weltlichen Kohlenrevieren ein kleiner Rückstand eingetreten ist. Reichskohlenrat und Reichskohlenkommission haben, so betont der Redner, alle Anordnungen getroffen, damit die Mengen, für die die Reviere verantwortlich sind, im Oktober einschließlich des im September entfallenden Restes voll geliefert werden. Die gewaltige Leistung, die Deutschland mit der Aufbringung dieser Mengen bisher vollbracht habe, habe gezeigt, daß es uns mit der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen nicht ernst ist. Sie haben aber auch besonders im Ausland den Eindruck erweckt, als ob uns diese Leistung bisher verhältnismäßig leicht geworden wäre, und daß die erwarteten Wirkungen auf die deutsche Kohlenversorgung und auf die deutsche Wirtschaft überhaupt nicht eintreten würden. Zum Beweise dafür, daß diese Annahme durchaus unberechtigt ist, gab der Redner einen Überblick über den Rückgang der deutschen Kohlenversorgung.

So hat der Reichskohlenrat den Eisenbahnen die nötigen Winterbestände nicht zuführen können. Die Eisenbahn hat vielmehr in den letzten Monaten nur die laufenden Bedarfsmengen erhalten können, so daß der Vorrat der Eisenbahn heute nicht höher ist als im Sommer. Die Eisenbahnen haben in Norddeutschland für etwa 26 Tage Vorräte, während ein solcher für mindestens 36 Tage vorzulegen war. Die Eisenbahnen in Süddeutschland verfügen über einen etwas höheren Bestand, was durch die schwierigeren Versorgungsverhältnisse bedingt wurde. Die Wirkung der Ablieferung der 2 Millionen Tonnen werden sich erst in ihrer ganzen Schärfe zeigen, wenn wir einen hartnäckigen Winter bekommen. Besonders fühlbar sind aber bereits jetzt die Folgen der Ablieferung bei allen Industriezweigen, die nur auf bestimmte Kohlenarten angewiesen sind. Die deutsche Industrie ist eifrig bemüht, sich auf minderwertige Brennstoffe, insbesondere auf Hohlbraunkohle, umzustellen. Die Erwartungen auf die Wirkung dieser Umstellung dürfen aber nicht überpannt werden.

Nach einer Erörterung der finanziellen Wirkung der Kohlenlieferungen an die Entente zog Generaldirektor Roeniger einen Vergleich zwischen der Kohlenversorgung Deutschlands und Frankreichs.

auf Grund von Mitteilungen des französischen Arbeitsministers in einem französischen Blatte. (Wir haben über diese Angaben früher bereits berichtet. — D. Red.) Die französische Versorgung hatte sich im August, also nach einem Monate unserer Lieferungen, um 36 Prozent gegenüber dem Januar gehoben, während wir zu gleicher Zeit auf einem Stand herumgedrückt worden sind, der nur ganz wenig besser ist als der vom Januar des Jahres. Der Vorrat der französischen Eisenbahnen, der im Januar 180 000 Tonnen betrug, hatte sich Anfang September auf 800 000 Tonnen

gehoben und damit die normale Höhe der Vorkriegszeit erreicht. Die Pariser Gasanstalten, die 1919 nicht mehr als 25 000 Tonnen Vorrat hatten, verfügten Anfang September über 900 000 Tonnen, wonach anzunehmen ist, daß die Pariser Gasanstalten jetzt bereits ihren ganzen Winterbedarf gedeckt haben. Die Bestände der gesamten deutschen Gasanstalten dagegen beliefen sich im September dieses Jahres auf 401 000 Tonnen. Die Gasanstalten den 1. August um 40 000 Tonnen zurückgegangen. Die Groß-Berliner Gasanstalten verfügten am 1. Oktober d. J. über ganze 47 000 Tonnen, die für etwa 8-9 Wintertage reichten. Noch am 1. Juli hatten die Groß-Berliner Gasanstalten einen Bestand von 83 000 Tonnen. Die Pariser Elektrizitätswerke haben ihre Vorräte gegen das Frühjahr um 15 000 auf 60 000 Tonnen gesteigert. Die Groß-Berliner Elektrizitätswerke hatten am 1. September d. J. bei einem Tagesbedarf von 2000-2200 Tonnen einen Bestand von 17 000 Tonnen gegen 10 000 Tonnen zur gleichen Zeit des Jahres. In Deutschland muß nach wie vor bei den von der Steinkohle abhängenden Elektrizitätswerken die Stromabgabe sehr rationiert werden. Neue Anschlüsse für wichtiger Betriebe können nicht vorgenommen werden. Mehrere großen für die Landwirtschaft wichtigen Ueberlandzentralen haben die Sonderbewilligungen an Kraftdruckschleife nicht oder nur ergebnislos gefordert werden können. Auch der große Mangel an Schmiedehölzern auf dem Lande hat sich leider stark verschärft. Der Redner schloß mit der Versicherung, daß es an den nötigen Anstrengungen, auch im Winter 2 Millionen Tonnen monatlich zu liefern, nicht fehlen werde, daß allerdings die Durchführung der vollen Versorgung weitestgehend von den Transportverhältnissen abhängen dürfte.

Der Reichskohlenrat trat weiterhin in eine Aussprache ein über

die Sozialisierungsfrage.

Während in der Aussprache gegen die Sozialisierung des Bergbaues aus. Auch bei einer Ausschüttung des gesamten Gewinnes würden den Bergarbeitern nennenswerte Verbesserungen nicht geboten werden können. Die einzige richtige Art der Sozialisierung sei, wie Lord George nachdrücklich betonte, eine vernünftige Besteuerung. Die Unternehmer lehnten die Vorschläge der Sozialisierungs-Kommission ab, erklärten sich aber bereit, mit noch Wegen zu suchen, die Produktion im Kohlenbergbau zur höchsten Entlastung zu bringen. — Dr. Brendle wendet sich als Verbraucher-Vertreter gleichfalls gegen die Sozialisierung. Vor der Ordnung unserer Kohlenversorgung müsse erst der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens in Angriff genommen werden. Das Gebilde der beiden Vorschläge gemeinsamen Riesenorganisationen sei schimmer als die ganze Kriegswirtschaft. v. Redow sprach ebenfalls als Verbraucher-Vertreter gegen die Sozialisierung. — Als Vertreter des Handels wendet sich Abgeordneter Wessinger gegen die Sozialisierungs-Vorschläge, während Wüller als Arbeitnehmer-Vertreter entschieden dafür eintritt, daß die Sozialisierung des Bergbaues ohne Sozialisierung des Bergbaues werden man künstlich noch weniger Kohlen bekommen als bisher.

Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die Sozialisierungskommission hat ihren Bericht erlassen, und damit rückt der Augenblick näher, wo sich entscheiden muß, ob die deutsche Volkswirtschaft, die zur Bewältigung ihrer Riesenaufgabe, des Wiederaufbaus Deutschlands, unbedingte und ungeschwächte Zeitleistungen erbringen muß, sich einer angemessenen Ruhe- und Schonzeit verschaffen kann, oder ob sie einer neuen Theorie zuliebe erbarntungslos in die unabsehbaren Gefahren einer allmählichen Umwälzung von schlechthin nicht abzuschätzender Tragweite getrieben und so dem Chaos preisgegeben werden soll. Darüber, daß die Sozialisierung des Bergbaues nur den Anfang der Sozialisierung überhaupt darstellt und daß nach der Durchführung dieses ersten Experimentes die weiteren folgen werden, kann bei der radikalsten Zustimmung, die zurzeit auf sozialdemokratischer Seite herrscht, kein Zweifel aufkommen. Mehr als je gilt also in dem vorliegenden Falle die Mahnung: „Den Anfängen siehe Dir entgegen!“ Das haben alle sachverständigen Kreise unseres Volkes, die sich gegenüber der unser Wirtschaftsleben jetzt bedrohenden Katastrophe den klaren, ruhigen Blick bewahrt haben und frei sind von doktrinärer Feindseligkeit, richtig erkannt und sind daher mit vereinten Kräften auf den Plan getreten. Einzelne hervorragende Autoritäten auf dem Gebiete des Bergbaues haben gemeinsam mit den führenden Gewerkschaften und sonstigen Industrieverbänden in nachdrücklichen Protesten gegen den geplanten Sprung ins Dunkle Stellung genommen und sich übereinstimmend dahin ausgesprochen, daß die ganze Industrie durch dieses verzweifelte Experiment um den Erfolg ihrer Wiederaufbauarbeit gebracht werden müßte. Insbesondere haben noch in den letzten Tagen die Vereinigung niederländischer Handelskammern, die Landwirtschaftskammer für die Provinz Hannover und der niederländische Handwerkskammern ein Telegramm an die zuständigen Instanzen gerichtet, worin gefordert wird, daß die Entscheidung in Berlin nicht eher fallen dürfe, bis alle Landesstellen, die eigenes Wirtschaftsleben haben, unter Erwägung ihrer besonderen Verhältnisse zu Wort gekommen sind. Zugleich wird die Zurückstellung endgültiger Beschlüsse verlangt, bis die Bezirkswirtschaftsräte gebildet und zu der Frage der Sozialisierung gehört worden seien.

Nunmehr ist auch der Eiserne Bergbauverein mit einer Schrift „Zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues“ (Zeltverlag) herausgekommen, worin die ganze Frage in ihrer sachlichen Form behandelt, eine sachverständige Kritik der Kommissionsbeschlüsse gegeben und der politische Untergrund der Aktion in scharfer Beleuchtung gerückt wird. Die Sozialisierungskommission ist beziehungsweise selbst zu seinem einheitlichen Votum gelangt, sondern hat sich gespalten. Der eine Vorschlag empfiehlt die sogenannte Sozialisierung, bei der die restlose Verstaatlichung des Privateigentums im Kohlenbergbau gegen Entschädigung sofort erfolgen soll. Hier scheidet also das kapitalistische Unternehmertum von vornherein vollständig aus, und die bisherige Unternehmerfunktion wird lediglich von Beamten ausgeübt. Die Mitglieder des Reichskohlenratens, das die Geschäfte der Kohlegemeinschaft führt, entbehren, da sie feste Besitze haben, jedes materiellen Anreizs zu einer achteiligen Leistung und befinden sich überdies in weitgehender Abhängigkeit vom Reichskohlenrat, der sie jederzeit abberufen kann. Man kann danach das Maß von Selbstständigkeit, Selbstverantwortlichkeit und freier Justizfrage ermessen, zu dessen Entfaltung dieses Beamtenkollektivum in der Lage sein wird. Nun oder erst die ungeheure Bürokratisierung, zu der die Verwirklichung dieses Vorschlags führen muß! Es sollen danach 30 Generaldirektionen neben dem Reichskohlenrat entstehen errichtet werden. Alle diese Direktionen brauchen natürlich einen nicht geringen Verwaltungsapparat, und dementsprechend umfangreicher wird der Etat der Zentraldirektion in Berlin sein. Die Schrift des Eiserne Bergbauvereins schätzt das Beamtenheer, das erforderlich wäre, um die vorgeschlagene Verwaltungsapparatur in Gang zu bringen, auf vierhundert Köpfe und schildert in drastischer Weise den Bürokratismus, der so in riesenhafter Größe aus dem Sozialisierungsplan aufsteigt. Der zweite Vorschlag der Kommission verweist die sofortige Entlassung der Unternehmer und rückt sich dabei auf Gründe, die eine hohe Anerkennung der befruchtenden Kraft der Unternehmertätigkeit enthalten. Die sofortige Ausschüttung des Privateigentums erscheint den hinter dem zweiten Vorschlag stehenden Mitgliedern der Sozialisierungskommission „angeht die gefährdeten Lage der Kohlenwirtschaft, ihrer Lebensfähigkeit als Grundpfeiler des gesamten Wirtschaftsbaues, des hohen technischen Standes und der Verantwortung ihrer Führung als zurzeit undurchführbar“. Bemerkenswert sind die herben Worte, mit denen die Unentbehrlichkeit der Unternehmertätigkeit für die Uebergangszeit der nächsten Jahrzehnte geschildert wird. Der zweite Vorschlag be-

Der Erjaß für Genj.

Basel, 14. Okt. Pariser Meldungen zufolge solle man in französischen Regierungskreisen überzeugt sein, daß die Konferenz in Genj endgültig fallen gelassen werde. Darin sehe man aber keinen französischen Erfolg, denn an die Stelle der Konferenz dürfte nach dem Ergebnis der Londoner Besprechungen Delacroix mit Lord George eine andere Zusammenkunft zwischen Mitgliedern der Wiedergutmachungskommission und den Finanzfachverständigen aller Europa-Staaten stattfinden. Die Engländer wünschten sonar, daß in dieser Konferenz, auch Amerikaner vertreten sein sollten. Es scheint, daß der englische Ministerpräsident in der Frage der Wiedergutmachungsfrage auf seinem Standpunkte verharre, wonach die Vertreter Deutschlands zu diesen Besprechungen eingeladen werden müssen.

Paris, 14. Okt. Die „Echo de Paris“ teilt mit, daß die französische Regierung die Vorschläge der englischen Rote betr. die Sachverständigenkonferenz und die vorgeschlagene Konferenz mit deutschen Vertretern zur Erörterung der Wiedergutmachungsfrage angenommen, aber die Einberufung einer dritten Konferenz verlangt, auf der nur die alliierten Regierungen vertreten sein sollen. Die englische Ansicht gehe dahin, daß man sich mit Deutschland auf freundschaftliche Art einigen solle. Der französische Standpunkt dagegen gehe dahin, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nur dann nachkäme, wenn es dazu gezwungen würde. Eine Normel für eine endgültige Einigung sei bisher noch nicht gefunden worden. (W. T. B.)

v. Mullus bei Vengues.

Paris, 14. Okt. Wie Havas mitteilt, hat Ministerpräsident Vengues gestern den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation Müller v. Müllus empfangen. (W. T. B.)

Jugoslawische Truppen in Kärnten.

Klagenfurt, 14. Okt. An die Zone A sind zwei jugoslawische Bataillone eingezogen. Die Plebiszit-Kommission traf entsprechende Maßnahmen und wird bis zur Uebergabe des Gebietes an Oesterreich an der Kontrolle die Verwaltung des Gebietes selbst übernehmen. (W. T. B.)

Das amtliche Abstimmungsergebnis in Kärnten.

Klagenfurt, 14. Okt. Nach dem offiziellen Abstimmungsergebnis sind für Oesterreich 2205, für Südslawen 15 278 Stimmen abgegeben worden. (W. T. B.)

Graf Sforza zurückgetreten.

Rom, 14. Okt. (Sefani.) Der Minister des Auswärtigen Graf Sforza ist zurückgetreten. (W. T. B.)

Die Stellung des Kabinetts Giolitti.

Mailand, 14. Oktober. In untrübten politischen Kreisen wird die Meldung des „Secolo“, daß das Kabinett gefährdet sei, als Versuchsschall bezeichnet, um die Stimmung der einzelnen Parteien zu sondieren.

Polnisch-litauische Verhandlungen.

Rom, 14. Okt. (Litauische Telegramme.) Die litauische Regierung hat auf die letzte Note des polnischen Ministers des Auswärtigen vom 9. d. M. geäußert dringlich ihre Zustimmung zu weiteren Verhandlungen über eine Fortführung der Demarkationslinie östlich von Brest-Litovsk nach Varena (Drauz) gegeben unter der Bedingung, daß die polnische Regierung ihr Verhalten zu General Bellaschki vollständig klärt und die polnischen Truppen sofort aus dem besetzten litauischen Gebiet zurückzieht. Die ausländischen Missionen sind aus Wilna nach Rom zurückgekehrt. Sie erklärten sämtlich, daß sie die sogenannte Regierung von Mittellitauen nicht anerkennen. (W. T. B.)

31r. 418
Dresdener Nachrichten
Freitag, 13. Oktober 1928
Seite 2

mangelte es, daß der Unternehmer durch den ersten Vorschlag zu einer im Lohn arbeitenden Erzeugungsstelle des Reichssozialrats herabgedrückt werde", und äußert sich über die private Initiative in folgender Weise: "Die hochentwickelte und lange eingetragene Erfahrung des Erfolges, die in der Unternehmerrisikofähigkeit entwickelt hat und die Hebeart einer Erfolgsrückzahlung rechtfertigt, schafft einerseits die ideale Aussicht, andererseits die fast unerschütterliche Vertrauensstellung des erfolgreichen Führers, gewährt daher der Wirtschaft Anspruch und Aussicht auf die stärksten Kräfte und diesen Kräften wiederum Entfaltung ihrer Initiative, Freiheit von persönlichen Abhängigkeiten und unzulässiger Rücksichtnahme und somit einen verlässlichen Anreiz, der stärker wirkt als materielle Entlohnung."

Man sollte meinen, daß die Befürworter einer solchen Anschauung über den Wert des Unternehmertums nachdringender zu der Schlußfolgerung gelangen müßten, der Unternehmer sei überhaupt nicht zu entbehren. Doch weit gefehlt! Sie wollen ihm nur noch eine Galsentzeit von 30 Jahren gewähren, nach deren Ablauf sie hoffen, daß der Ertrag der ersten Eigenschaften der privaten Vertriebsleistung sich vollständig in Gestalt einer Erhöhung des — Gemeinwohls! Eine solche idealistische verhängnisvolle Fiktion wird verurteilt in demselben Augenblick, wo ein mehrheitssozialistischer Führer selbst — ähnlich im Vertriebsleistungsbereich — unumwunden erklärt, „an eine Lösung des Sozialismus-Problems könne man erst herangehen, wenn die Arbeiterschaft das Maß der wirtschaftlichen Kenntnisse habe, das ihr leider heute noch fehle". Wären denn die Urheber des awenischen Vorschlags ernstlich, daß den Arbeitern die jetzt noch verlorene Ertragskraft in dem kurzen Zeitraum von 30 Jahren kommen könne? Den einschlägigen geistigen Köpfen unter den Reichssozialisten ist zweifellos nicht wohl bei der Zusage, sie denken genau so wie wir. Trotzdem stellen sie auf dem Parquet im Saal der Reichstagskammer der Reichssozialisten Vordenker auf den Standpunkt, daß nur der radikale erste Vorstoß der Kommunisten annehmbar sei. Also sofort heraus mit den Unternehmern, aller besseren Einsicht entgegen! Daraus ergibt sich mit voller Klarheit das soziale Moment, das für die Sozialdemokratie in dieser Frage zentral ist, wie immer bei den Vertriebsleistungen, die einseitlich treibende Kraft bildet. Der Eiserne Vorstoß kann in jeder Hinsicht nur dann, wenn er sein Urteil dahin zusammenfaßt, das Ergebnis der Arbeit der Sozialistengesellschaft müsse als durchaus unerschütterlich bezeichnet werden, weil es der weit überwiegenden Mehrheit ihrer Mitglieder darauf ankommt, unter Ausnutzung der davon zu erwartenden wirtschaftlichen Vorteile, der Idee des Sozialismus zum Ziele zu verhelfen. Das einzelne, was eine Sozialistische Gesellschaft für den sozialistischen Kampf erheben und wahren zu arbeiten vermöge, als der Privatvertrieb. Mehr ist aber in dem Bericht der Kommission auch nicht die Spur eines überzeugenden Beweises enthalten worden, vielmehr sprechen die höchsten Gründe für die in der Schrift des Reichssozialrats vertretene Auffassung der vertriebsleistungsfähigkeit, daß der mehrheitlich sozialistische Apparat des sozialistischen Betriebes weniger und teurer produzieren wird.

Auch die Rücksicht auf unseren ausländischen Kredit, die heute für uns von größter Wichtigkeit ist, verdient eine eingehendere Erwähnung. In der Sache des Reichssozialrats sind unter den auf der Konferenz anwesenden Bankiers und Industriellen durchgängig die Ansätze vertreten, daß bei einer Sozialisierung des deutschen Wirtschaftens nach einem der beiden von der Kommission vorgeschlagenen Pläne der Kredit Deutschlands, der sich gegenwärtig lediglich auf private Unterlagen stützt, eine starke Erschütterung erleiden würde, da man keinerlei Vertrauen in die Rentabilität des Experimentes setzen könne. So verurteilen sie alle Erwägungen wirtschaftspolitischer Natur und Vernunft zu einer eindringlichen Warnung, in einer Zeit des wirtschaftlichen Niederganges an eine Sozialisierung zu denken. Damit ist allerdings nicht gesagt, daß alles einfach beim Alten bleiben soll. Es handelt sich vielmehr darum, nach dem Weg zu suchen, auf dem die produktiven Kräfte der Wirtschaft, in dem vorliegenden besonderen Falle also die des Kohlenbergbaus, in höchster Leistungsfähigkeit gesichert werden können. Aus diese produktiven Kräfte führt die Eiserne Schrift des Unternehmern an, das, gestützt auf laienverständliche Beweise, seine Leistungsfähigkeit nicht mehr zu beweisen braucht, und danach eine arbeitstreibende Leidenschaft und Begeisterung, ohne deren von Verhandlungen für die wirtschaftlichen Zusammenhänge abgesehen werden muß, als eine gesunde Grundlage nicht zu denken ist. „Alle Wege, die zu diesem Ziele führen, werden der Perseus sein!" Mit diesem Selbstverständnis der Schrift. Es werden also alle Vorkämpfer von Reformen in der anderen Richtung, so zum Beispiel, um nur eins zu erwähnen, die Ausgabe von Kleinrenten für die Arbeiterschaft, bei den herkömmlichen Verträgen, polizeiähnliche Verhältnisse und herabgesetzte Entlohnungen finden. In unserer schwer gefährdeten Lage aber den Unternehmern, die sich höher der Aufgabe, die Kohlenproduktion zu vermindern, widersetzen, werden, das Best einer bloßen Teilung, welche aus der Hand zu nehmen, wäre unvernünftig, unbillig und unannehmlich.

Der Reichsrat im Reichsrat.

Berlin, 11. Okt. Der Reichsrat genehmigte heute den Entwurf der Reichsministerialdirektor Sachs erlassene, das Abjährige von 694 Millionen Mark gemacht worden seien, die nämlich bei dem gesamten Reichsbeitrag von 87 Milliarden keine erhebliche Rolle spielen, aber doch den ersten Schritt zu einer Verminderung der Ausgaben betreffen und hoffentlich die Einführung zu weiteren größeren Ergebnissen sein wird. Eine Veranschaulichung der außerordentlichen ansehnlichen Summen und allgemeine Enttäuschung der Mittel für Dienstleistungen sei in einzelnen Ministerien bereits erfolgt. Auch die Kosten der Nachrichtenbesorgung seien sehr hoch, und der Reichsrat wurde eine Resolution vorgelegt, wonach die gemeinsame Presseabteilung mehr von den einzelnen Ministerien demnach werden soll und im übrigen auf eine Einschränkung der Ausgaben hingewirkt werden soll. Es müßte auch darauf geachtet werden, daß die persönlichen und sachlichen Ausgaben beim Reichswirtschaftsausschuss vermindert werden, namentlich durch Zusammenlegung der Abteilungen, durch Vereinfachung des Beamtenkörpers und vor allen Dingen der Aufhebung für Hilfskräfte und Ersparnisse bei der Wiederbelebung. Die Kosten aus dem Friedensvertrag sind in einem besonderen Eintrag mit 11 Millionen veranschlagt, für die teilweise Deckung vorhanden ist, dabei steht die Zahlung der Kriegsschuldenerlöse noch nicht einmal vollkommen fest.

Reichswirtschaftsminister Geiler bemerkte, daß das Wirtschaftsausschusses die schwindende Höhe der Ausgaben durch das Wachstum zu betonen, und man sei überein gekommen, alles Mögliche, was in der Wiederbelebung, zu tun. — Auf Antrag von Sachs und Wawern wurde die Erziehung einer Reichsliste genehmigt, die darüber zu werden hat, daß die einzelnen Länder in allen Wirtschaftszweigen gleichmäßig veranschlagt werden.

Der Ausfall beim Reichsnotopfer.

Berlin, 11. Okt. Wie wir erfahren, hat die Veranlassung zu dem Reichsnotopfer in Groß-Berlin die Finanzämter allgemein enttäuscht. Der von Erzbischof herausgerechnete Einnahmevertrag des Reiches aus dem Reichsnotopfer wird allein in Groß-Berlin um 25 bis 30 Prozent hinter den Erwartungen zurückbleiben.

Wiedererzählen der Berliner Zeitungen.

Berlin, 11. Okt. Auf Grund des im Berliner Zeitungsgewerbe gezeigten abschließenden Verfalls ist die Arbeit im Laufe des heutigen Tages wieder aufgenommen worden. (W. Z. B.)

Sinowjew an die Unabhängigen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Sankt, 11. Okt. In seinem Referat polemisiert Sinowjew (links) alsdann gegen Eriksson, und bemerkt, daß die Unabhängigen, die den proletarischen Kampf theoretisieren hätten,

auf dem Wege nach Kassel

seien. (Bei diesen Worten erhebt ein ungeheurer Lärm. Ledebour schreit Adolf Hoffmann mit der Faust vor dem Gesicht herum und schreit ihm zu: Salunkel! Mit Würde werden die beiden Streitenden auseinander gebracht. Der ungeheure Tumult hält auf beiden Seiten an. Hoffmann-Eberfeld bezeichnet Sinowjew als Verbrecher. Der Vorsitzende rügt diesen Lärm, indem er das Niveau des Lärmes kennzeichnet. Erst allmählich gelangt es dem Vorsitzenden, die Ruhe wieder herzustellen.)

Sinowjew fährt dann fort: Die dritte Internationale verlangt Arbeit und freien Willen. Es ist jetzt Zeit für die Arbeiterschaft, die Fesseln des Kapitalismus abzutreten. Jeden Tag haben wir, namentlich von Bayern, eine konterrevolutionäre Bewegung zu erwarten. Da muß man alle Bedenken gegen die proletarische Diktatur lassen. Kein Tag geht dann ausführlich auf die Gewaltanwendung ein. Er sagt, daß die Bourgeoisie niemals danach gefragt habe, ob ihre Waffen moralisch seien, so müßte auch er mit gleicher Waffe antworten.

Im Bürger- und Klassenkampf gibt es keine Arbeit mehr. Nur Kampf gegen Kampf, und gegen Proletariat, die im Gefolge der Bourgeoisie stehen. Wer die Diktatur will, muß auch mit dem Bürgerkrieg rechnen.

In der Nachmittags Sitzung führt Brasch den Vorsitz. Nach Erledigung der Referate beginnt die Aussprache über die Arbeitsbedingungen. Als Erster spricht

Der russische Vertreter Sinowjew:

(Adolf Hoffmann bricht, bevor der Redner beginnt, ein dreifaches Hoch auf die dritte Internationale aus. Mehrere andere Delegierte schließen sich mit weiteren Hochrufen an.) Wenn die Arbeiterklasse noch verflucht ist, dann ist sie es deshalb, weil sie die faulen bürgerlichen Ideen noch nicht abgestreift hat. Niemand wird fordern, daß morgen die Weltrevolution gemacht werden soll. (Dörrl-Dörrl) Was wir aber fordern, ist, daß die Weltrevolution, für die die Vorbereitungen da sind, systematisch vorbereitet und propagiert wird. Auch die Parteiarbeit ist zu der Idee zu ergeben, daß die Stunde der Weltrevolution gekommen ist. (Braunfelder Beifall.) Sozialismus heißt Kommunismus.

Die Antarktis-Gewerkschafts-Internationale ist das letzte Volkwerk der Bourgeoisie.

Sie ist der Stiel um unseren Hals. Alle Trachten in Deutschland, alle Weisheitslehren sind weniger gefährlich, als die geistliche sogenannte Gewerkschafts-Internationale. (Braunfelder Beifall.) Auf der rechten Seite erhebt sich gewaltiger Lärm. Ruhe erlösen: Russischer Wächter. Der Tumult wird allgemein. Dem Vorsitzenden gelangt es nicht, Ruhe zu stiften. Die Gegenfrage drohen heftigste in Fälligkeiten auszuarten. Immer wieder bricht der Lärm los. Eriksson fordert seine Anhänger auf, ruhig zu be-

hauptungen anzuhören. Nach etwa 10 Minuten kann der Redner endlich fortfahren.)

In England sehen wir in der Arbeiterkassette Unvollkommenheiten von Weltbedeutung. Es besteht dort eine Doppelregierung, und das heißt Tod der Bourgeoisie. Redner spricht die Arbeiterbewegungen in den einzelnen Ländern durch und stellt fest, daß zum Beispiel der Balkan auf legalen Wege vollständig geworden ist. (Unruhe.) Die Diktatur des Proletariats im Sinne des Ersten Programms ist nicht mehr. Das Agrarprogramm läßt sich auch in Deutschland durchführen. Notwendig sind dazu Wasserkräfte. Der volle Kommunismus wird noch ein Zeitalter brauchen, was wir jetzt aber haben können, die Niederwerfung der Bourgeoisie. Das Gericht.

Enver-Pasha sei Mitglied der dritten Internationale, ist völlig unmöglich.

Wir haben ihn im Rußland nicht nur nicht angehört, vielmehr eine Resolution gegen ihn gefaßt. (Dörrl-Dörrl) Redner geht näher ein auf die Frage der Ostpolitik und betont, im Befreiungskampf könne man die asiatischen Völker nicht entbehren. Einseitig die Schlachten der Weltrevolution besetzt (!!) werden. Wir rufen auf zum heiligen Krieg gegen den Kapitalismus. (Große Unruhe.)

In längeren Ausführungen über den Begriff Terror erklärt der Redner, daß Terror verächtlichste Gewalt ist, Bürgerkrieg ist der höchste Klassenkampf. In der Theorie waren wir Terroristen, in der Praxis aber zu gemäßigter Rolle in der Revolution. (Cichorn, Laus: Genau wie bei uns!) Wir verabscheuen den Massenmord. (!!) Generale und Minister wurden freigeschlagen, die konterrevolutionären Truppen gegen uns führten. Tausende unserer Priester haben ihr Leben lassen müssen. (Stuf: Wie bei uns!) Wenn für Deutschland die Sozialdemokratie kommt, dann machen Sie nicht unsere Irrtümer nach. Sie denken viel zu abstrakt von der Weltrevolution.

Als wenn sie erst nach Jahrhunderten wachend sei. Der Redner geht sodann unter der gemeinsamen Aufmerksamkeit zu den Aufnahmebedingungen über. Nicht jeder Tag ist für uns ein Evangelium. (Eriksson: Demagogie!) Deutschland wird sich zuerst wieder erholen. Welche Bedingungen sind denn annehmbar? Ich bitte, sie zu formulieren, dann läßt sich darüber sprechen. (Große Unruhe, die zum Lärm ausartet.)

Wir Russen sind nicht so verlesen darauf, Sie der Zentrale zu sein.

Wir würden sie gern an das französische Proletariat abgeben. Vielleicht bei dem 50-jährigen Jubiläum der Kommune. Wir fordern systematische Propaganda-Vorbereitungen für die Weltrevolution. Das ist die einzige Aufnahmebedingung. Wir sind bereit und in der Lage, das deutsche Proletariat finanziell zu unterstützen. (Braunfelder Beifall.) Es handelt sich nicht darum, die U. S. V. zu töten und zu vernichten, nur wer nicht kommunistisch sein will, muß abgestrichelt werden. (Braunfelder Beifall.) Die Beratungen werden auf Freitag 9 Uhr vertagt. Die Versammlung löst sich die Internationale auf. Unter Hochrufen geht die Versammlung auseinander. Schluß gegen 7 1/2 Uhr.

Die deutschen Vertreter über Brüssel.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 11. Okt. Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates nahm heute die Berichte der deutschen Delegierten über die Finanzkonferenz in Brüssel entgegen. Die Rede des deutschen Vertreters Dr. Bergmann, der allgemein die größte Wichtigkeit beigemessen wurde, wurde beifällig aufgenommen. Wie der Bericht hervorhebt, sind die positiven Ergebnisse der Konferenz nicht groß. Es wurde aber ein Einverständnis dahin erzielt, daß verschiedene wichtige Grundfragen durchgeleitet werden müssen, und daß man da nicht ohne gegenseitige Hilfe sein kann. Das ist ein erster Schritt zur Annahme einer gemeinsamen Arbeit. In der Finanzkommission wurde festgestellt, daß drei Viertel der Forderungen ein Defizit aufzuweisen haben.

Außer der Einschränkung der ungenutzten Rüstungsanlagen sollen die Restierungen an alle Maßnahmen veräußert, die der Herstellung den wirklichen Zustand des Landes verleiern. So soll auf die künstliche Herabsetzung der Brot- und anderer Lebensmittelpreise verzichtet werden. Erwerbslosigkeiten, die den Arbeitswillen nicht fördern, sondern entmutigen, sollen nicht unterstützt werden. Die Eisenbahn- und Posttarife sollen so festgesetzt werden, daß diese Betriebe die Selbstkosten decken. Von deutscher Seite wurde auf die besonderen Verhältnisse der Deutschen hingewiesen, die z. B. eine Überbewertung der Reichsmark des Auslandes auf die Allgemeinheit notwendig machen. Man dürfe aus den deutschen Maßnahmen nicht etwa den Schluß ziehen, daß Deutschland absichtlich auf einen Bankrott hinarbeite, um sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Arbeit und Sparlichkeit, das müssen die Richtlinien unserer Politik sein!

Der Vizepräsident des Reichswirtschaftsrates v. Glasenapp schilderte die Tätigkeit der Kommission für Währung und Gold. Es herrschte in Brüssel Uebereinstimmung, daß mit der Annahme

des Grundabets der Inflation

ein Ende gemacht werden müsse, so es, was es wolle. Es handelt sich um eine Schicksalsfrage für unsere Volkswirtschaft. Geborgen kann werden durch die Balancierung des Staatsbudgets. Im Auslande herrscht vielfach die Meinung vor, als ob bei uns mit der Einführung der Steuern und Abgaben nicht Ernst gemacht werde. Ich habe betont, daß das eine vollkommene Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse in Deutschland ist, das vielmehr die Verzögerung durch die Änderung der Steuerbehörden-Organisation erfolgt ist, die noch nicht in vollem Umfang funktioniert. Notwendig ist eine allmähliche Abänderung und Konsolidierung der schwachen Schulden. Es wurde angeregt, die Notenbanken sollten von jedem Einfluß der wirtschaftlichen Staatsgewalt freigegeben werden. Wir haben erklärt, daß das für Deutschland unannehmbar sei, und daß ein vollständiger Einfluß hier nicht ausgeübt werden soll. Es wurde dann beschlossen, daß die Notenbanken nie zu rein politischen Zwecken benutzt werden dürfen. Das ist bei uns auch nicht geschehen. Ein allmählicher Abbau der Einschränkungen des freien Handels würde für wirtschaftlichen Fortschritt erachtet. Die Rückkehr zur Goldwährung ist zu wählen, aber sie ist zurzeit unmöglich. Bezüglich der Festlegung des Diskontsatzes wurde verlangt, daß die Kredite nur zu wirklich wirtschaftlichen Zwecken gegeben werden sollen. Eine künstliche Belebung der Palastfinanzanlagen erscheint ausgeschlossen. Der Versuch einer Weltzentrale ist unmöglich. Auch die Schaffung einer Weltwährung „Monet" erscheint unmöglich. Sparsamkeit und Arbeit sind die einzigen Hilfsmittel, die uns wieder hochbringen können.

Geheimrat Trendelenburg berichtete über die Tätigkeit der Kommission für den internationalen Handel. Aus dem Bericht der einzelnen Länder ergibt sich eine ungeheure

Verzerrung der Weltwirtschaft ausgenutzt der neuen Welt. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß allmählich in den Grenzen der Möglichkeit die Freiheit des Handels wieder hergestellt werden soll, die vor dem Kriege bestand. Die Lösung muß sein: Mehr produzieren und weniger verbrauchen! — Ueber die Verkehrsfragen soll eine besondere Behörde in Barcelona entstehen.

Direktor Urbig besprach die Tätigkeit des Ausschusses für den internationalen Kredit. Verschiedene Länder werden ihre wirtschaftliche Tätigkeit ohne Hilfe von außen nicht wieder aufnehmen können. Die Hilfsmittel sollen aus den Erparnissen der geldgebenden Länder gemehrt werden. Empfohlen wurde u. a. eine Vereinfachung der Wechselgebung auf dem betreffenden Gebiete und ein internationales Ausgleichtamt.

Vorgeschlagen wurde eine Organisation der Staaten. Die Sicherung soll gegeben werden durch die Verbindung der Staatseinnahmen. Deutschland könnte sich darauf nicht einlassen. Kredite sind eine Frage des Vertrauens. Die reichsten Staaten mit Rohstoffen verbreiten um sich noch eine falsche Harmonie. Sie geben Kredite nur, wenn sie Vertrauen zu uns haben. Freunde und Feinde müssen sich miteinander verständigen und Formen finden, mit denen man dieses Vertrauen wieder herstellen kann. Man vertritt im Ausland die Mentalität des deutschen Volkes nicht mehr.

An diesen Bericht der deutschen Delegierten schloß sich eine kurze Aussprache, in der der Präsident des statistischen Amtes, Delbrück, auf Antrag mitteilte, daß die Ausfuhrziffern in nicht zu langer Zeit, wahrscheinlich in zwei Monaten, wieder veröffentlicht werden sollen.

Gegen die wirtschaftliche Vorherrschaft der Sieger.

Mailand, 11. Okt. Der offizielle Vertreter Italiens im Völkerbundsrat, Senatspräsident Tittoni, teilte in der Tagung der Völkerbundsvereinigungen in Mailand folgenden aufsehenerregenden Vorschlag mit, den er im Namen der italienischen Regierung in der letzten August-Zusammenkunft des Völkerbundsrates in San Sebastian eingebracht hatte, und der nun in der bevorstehenden Zusammenkunft des Völkerbundsrates in Brüssel behandelt werden soll:

„Der Völkerbundrat beschließt für die Tagung der nächsten Versammlung, die Anwendung des Artikels 23 des Versailler Friedensvertrages aufzuheben, der allen Mitgliederstaaten des Völkerbundes eine gerechte handelspolitische Behandlung sichert, die unveränderlich ist mit der Monopolisierung der für das Leben der Völker unentbehrlichen Rohstoffe und mit der Ausbeutung der Völker selbst durch große internationale Kapitalzentren."

In der Begründung dieses Regierungsvorschlages führte Tittoni aus: „Damit ist die Frage deutlich und klar aufgeworfen. Wenn man wirklich den Frieden und die Gerechtigkeit will, muß man nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Vorherrschaft einseitig Staaten zum Schaden der anderen unmöglich machen. Was gibt es für eine längere und gefährlichere Bedrohung des Weltfriedens, als den Gegensatz von im Kriege der reicheren und verarmten Staaten und ausgebeuteten und ausgebeutenden Staaten? Es kann keine politische-unabhängigen Staaten geben, sobald sie in wirtschaftlicher Abhängigkeit sind. Es liegt daher im Interesse aller, jenen zu helfen, sich aus dieser schweren Abhängigkeit freizumachen. Wenn die Versammlung diese Grundzüge billigt, verleiht sie dem Verträge Macht und Autorität, und Italien wird diesen Vorschlag in der gleichen Versammlung des Völkerbundes in Genf vertreten."

Es tauchen aber allerdings Zweifel auf über die praktische Wirksamkeit des Völkerbundes. Es wird leicht zu erwidern sein, daß kleine und schwache Staaten dem Beschluß des Völkerbundsrats gehorchen. Werden jedoch die großen Staaten, die dem Völkerbunde gerade die Zwangsmittel, die er außer seiner sonst aussagegebenden moralischen Macht gegebenenfalls notwendig haben könnte, zur Verfügung stellen müssen, immer das gleiche tun?

„Erdrösselung Deutschlands."

London, 11. Okt. „Daily News" schreibt im Leitartikel: Deutschland werde durch die Milliarden, die es für die Besatzungstruppen aufwenden müsse, in einem erdrösselten. (W. Z. B.)

Familiennachrichten

Die Verlobung unserer Tochter Melitta mit Herrn Alex Heinze, Dresden-A., Johannesstr. 14, erklären wir für aufgehoben.

Ostrow b. Schandau.

Otto Hering und Frau.

Geheilte Familiennachrichten. Geboren: Oskar, v. Anstalt, Dresden, T.; Carl-Friedr. Karl, Dresden, T.; ...

Beerdigungen, Feuerbestattungen, Ueberführungen

Bestattungen in jeder gewünschten Ausführung, nach dem vom Rat zu Dresden festgesetzten Tarife, auch aus allen städt. Krankenhäusern, Pflegeanstalten und Kliniken, die Dresdner Beerdigungs-Anstalten Plefät und Helmkehr

Zur Ausführung von Erd- u. Feuerbestattungen

nach dem vom Rat zu Dresden festgesetzten Tarife (auch aus allen städt. Krankenhäusern usw.) sowie von Ueberführungen von und nach auswärts halten wir uns bestens empfohlen.

Trauer-Hüte vom einfachsten bis vornehmsten. Kroppe, Armflora, Trauerschleier. Größte Auswahl. Bekannt preiswert.

Radeberger Huffabrik Dresden-A. f. s. p. 19138 Moritzstr. 3

Heirat! Seltene Gelegenheit. Mitte d. jüngster Jahre, vermögenslos. ...

Südt. Landwirtsohn, aus ungar. Gut, 23 J. alt, u. gut. ...

Speise-Stuben, gibt ab lebendige gegen ...

Beleuchtungs-Lampen für Petroleum, Spiritus, Benzin und Acetylen.

Otto Graichen, Kronprinzstr. 15

Kontroll-Kassen, alle Arten

Gesunde Runkelrüben, offeriert in Packungen und einzelnen Rollen billig

Kartoffeln, Speise- und Industrie-, liefert prompt

Saatkartoffeln, 1500 Zentner Wohltmann 34, per 50 Kilo

PS. Studebaker, ganz neue, hochmoderne Sportkarosserie

Die Gemeindevorstandsstelle in Schlotwitz - 400 Einwohner - ist alsbald anderweitig zu besetzen.

Böhme, Gem.-Vorstand. Schlotwitz, 12. Oktober 1920.

Verteilung von Ganzepulver.

1. Abchnitt XIII der weissen Hausballungsakte A und Abchnitt IV der gelben Hausballungsakte B je ein Päckchen Ganzepulver für 3 M. 50 Pfg. ...

Der Rat zu Dresden. In der Strafsache

Karl Friedrich Wilhelm Liebe in Dresden, Kaiserstr. 42, wegen unerlaubten Handels mit Lebensmitteln ...

Billige Lebensmittel!

Table with 2 columns: Item and Price. Includes: Kaffee, Bar. reines Schweinefleisch, Prima Rindertalg, etc.

Seifen besonders billig!

Table with 2 columns: Soap Type and Price. Includes: Deutsche Kerseife, Deutsche Seife, etc.

Hochf. Qualitäts-Zig. Zigaretten

10 Stück 1,50, 100 Stück 15,00. Köhler Großvertrieb Glasbe 6,50

Kolonialwaren Noack Friesengasse 3.

Billige Lebensmittel!

Rietschelstr. 10

Table with 2 columns: Item and Price. Includes: Margarine, Schmalz, Speck, etc.

Die Neustädter Uhrmacher und Goldschmiede

zahlen jetzt wieder die höchsten Preise für alles Gold, Silber, Platin, Brillanten, sowie für Zähne und Gebisse.

J. Frenkel, Bauhner Str. 40.

Retter in der Lichtnot! Dauerbrenner!

Sofort jedes Quantum lieferbar. Aron & Co., Dresden-A. 24, Sedanstraße 7.

Bon der Kunst, Wein zu trinken!

Der Mensch ist kein Wein für Massenverfüger, er will mäßig gekostet sein. ...

E. Spielhagen, Dresden, Kantenstraße 9

Ostern 1921 - 56. Schuljahr - Aufnahmen

1. für Pflichtschüler (Tagesvoll- und Lehrlingschule) beiderlei Geschlechts; 2. für Nichtpflichtige, ...

Privat-Einzelunterricht in häuslichen Zügen. W. Beck-Riemann

RUSTIKA FEDER. Die Feder unserer Zeit. BRAUSE & CO. JERLOHN

E. PASCHKY. Billiger als Fleisch!

Seelachs ohne Kopf nur Fleisch. Pfund 340 Pfg., ausgeschliffen Pfd. 380 Pfg.

Goldbarsch Pfd. 330 Pfg. Dorsch, lebendischer mittelgroßer Pfd. 320 Pfg.

Extra billig! Hochseevollheringe Pfd. 200 Pfg.

ff. Speckheringe Pfd. 220 Pfg. Für Wiederverkäufer in Sonnen Engrospreise!

WELT-BONNER-WACHS. Nur in der roten Dose!

20 Viel Geld 20 Kleidungsstücke.

20 Zimmering, Pirnaische Straße 20

Verein. Deutsch. Berufskammerjäger

Robert Waltherr, Dr. Blauenfische Str. 2.

Kürschner P. Frohmann

Belzmäntel

Seine Margarine

20 Viel Geld 20 Kleidungsstücke.

20 Zimmering, Pirnaische Straße 20

Verein. Deutsch. Berufskammerjäger

Robert Waltherr, Dr. Blauenfische Str. 2.

Kürschner P. Frohmann

Belzmäntel

Seine Margarine

20 Viel Geld 20 Kleidungsstücke.

20 Zimmering, Pirnaische Straße 20

Verein. Deutsch. Berufskammerjäger

Robert Waltherr, Dr. Blauenfische Str. 2.

Kürschner P. Frohmann

Belzmäntel

An- u. Verkäufe

Zähne pro Jahr Mk. 8

Platin, Brennstifte, Kattenstein

Perser Teppich aus Privat gelocht

Gute Bücher ganze Bibliotheken

Ich kaufe gefr. Herrengarderobe, Tisch- u. Bett- u. Küchenutensilien

Ankauf von Brillanten, Juwelen

Sekt, den. Sahn-, Wein- und Cognak-Flaschen

Platin kauft zu hohen Preisen

Brillanten, Gold- u. Silbergegenstände

Bauholz, Quetzl, Mastziegel, Dachziegel

Orient-Teppiche zu verkaufen

Belzmäntel

Seine Margarine

20 Viel Geld 20 Kleidungsstücke.

20 Zimmering, Pirnaische Straße 20

Verein. Deutsch. Berufskammerjäger

Robert Waltherr, Dr. Blauenfische Str. 2.

Kürschner P. Frohmann

Belzmäntel

Seine Margarine

20 Viel Geld 20 Kleidungsstücke.

20 Zimmering, Pirnaische Straße 20

Verein. Deutsch. Berufskammerjäger

Robert Waltherr, Dr. Blauenfische Str. 2.

Kürschner P. Frohmann

Belzmäntel

Seine Margarine

20 Viel Geld 20 Kleidungsstücke.

20 Zimmering, Pirnaische Straße 20

Verein. Deutsch. Berufskammerjäger

Robert Waltherr, Dr. Blauenfische Str. 2.

Kürschner P. Frohmann

Belzmäntel

Jr. 418

Dresdener Nachrichten

Seite 7

